

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Katalin Gennburg (LINKE) und Niklas Schenker (LINKE)

vom 19. Oktober 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Oktober 2023)

zum Thema:

Insolvenz des Bauprojektes „Fürst“ (ehemals Kudamm-Karree) und die Auswirkungen auf die betriebliche Altersrente für die Beschäftigten des Landes Berlin: droht bei der Beteiligung der VBL der Totalverlust?

und **Antwort** vom 3. November 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 6. November 2023)

Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Frau Abgeordnete Katalin Gennburg (Linke) und
Herrn Abgeordneten Niklas Schenker (Linke)
über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/17 095
vom 19.10.2023

über Insolvenz des Bauprojektes „Fürst“ (ehemals Kudamm-Karree) und die Auswirkungen auf
die betriebliche Altersrente für die Beschäftigten des Landes Berlin: droht bei der Beteiligung
der VBL der Totalverlust?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Welche Kenntnisse hat der Senat zum allerneuesten Stand der seit Monaten ruhenden Baustelle „Fürst“ (ehemals Kudamm-Karree) Kurfürstendamm 206-209; bei wem hat sich der Senat seit der Beantwortung der Schriftl. Anfrage zu diesem Thema (Drucksache 19/15 780, Antwort vom 23. Juni 2023) kundig gemacht?

Antwort zu 1:

Dem Senat liegen keine neuen Kenntnisse vor.

Frage 2:

Seit wann hat der Senat Kenntnis darüber, dass die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder Anstalt des öffentlichen Rechts (VBL) das Bauprojekt mitfinanziert?

Antwort zu 2:

Der Senat hat den am 11.10.2023 im Handelsblatt veröffentlichten Artikel zur Thematik (s. Frage 8) zur Kenntnis genommen.

Frage 3:

Die Selbstbeschreibung der VBL lautet: „Beteiligte: 5.424 (Bund und Länder, rund 1.600 kommunale Arbeitgeber, ca. 35 Träger der Sozialversicherung, etwa 3.700 sonstige Arbeitgeber.) Damit ist die VBL in Deutschland die größte von 30 bestehenden Zusatzversorgungseinrichtungen für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes.“: Wie viele Arbeitnehmer*innen des Landes Berlin zahlen in die VBL ein? Wie viele Arbeitnehmer*innen sonstiger Arbeitgeber in Berlin zahlen ein?

Antwort zu 3:

Diese Informationen liegen dem Senat nicht vor.

Frage 4:

Wie ist das Land Berlin in der VBL vertreten?

Antwort zu 4:

Diese Informationen liegen dem Senat nicht vor.

Frage 5:

Zu welchen Erkenntnissen ist der Senat mittlerweile, seit dem Aufkommen der Frage einer drohenden Insolvenz, bezüglich eines möglichen Insolvenzverfahrens mit Gerichtsstand London gekommen?

Antwort zu 5:

Dem Senat liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

Frage 6:

Zu welchen Erkenntnissen ist der Senat hinsichtlich des Finanzierungskonstrukts gekommen? Kann er bestätigen, dass die Corestate-Tochter AFS (Aggregate Financial Services GmbH), die als „Corestate Bank“ am Markt auftritt, den Erwerb und die Entwicklung des Projektes mit 1,02 Milliarden Euro Finanzierungsvolumen für Kauf und Entwicklung finanziert?

Antwort zu 6:

Dem Senat liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

Frage 7:

Hat der Senat bei diesem oder anderen Projekten Kenntnisse über die Corestate bzw. Aggregate Financial Services GmbH erlangt, die laut Selbstbeschreibung ein Investmentmanager und Co-Investor ist, mit einem verwalteten Vermögen von rund 28 Milliarden Euro, sich als „Manager der gesamten Immobilien-Wertschöpfungskette versteht“, der „Investoren über seine vollintegrierte Immobilien-Plattform insbesondere die Möglichkeit bietet, in große gesellschaftliche Trends wie Urbanisierung, demographischer Wandel oder Nachhaltigkeit zu investieren, welche die Wohn-, Lebens- und Arbeitswelt langfristig weiter entscheidend beeinflussen werden“?

Antwort zu 7:

Der Senat hat hierzu keine Kenntnisse.

Frage 8:

Kann der Senat die Zahlen aus der Presse¹ bestätigen, wonach 200 Mio. € der VBL in dem Bauprojekt „Fürst“ stecken sollen?

Antwort zu 8:

Der Senat hat hierzu keine Kenntnisse.

Frage 9:

Wie wird sich der Senat nun darum bemühen, den Schaden sowohl für die Stadtentwicklung in der City West als auch für die Beschäftigten des Landes Berlin zu begrenzen?

Antwort zu 9:

Der Senat wird sich im Rahmen seiner Zuständigkeiten zur gegebenen Zeit mit etwaigen Auswirkungen des Projektes auf die Stadtentwicklung in der City West beschäftigen und sofern erforderlich auf beteiligte Akteure zugehen. Zu darüber hinaus gehenden Auswirkungen liegen dem Senat keine Kenntnisse vor.

Frage 10:

Welchen Kontakt baut der Senat zum sächsischen Staatsminister der Finanzen, Hartmut Vorjohann, Vorsitzender des VBL-Verwaltungsrats, auf?

Antwort zu 10:

Der sächsische Staatsminister für Finanzen, Hartmut Vorjohann, hat zum Senat keinen Kontakt aufgenommen.

Frage 11:

Inwieweit kann der Senat über die VBL darauf einwirken, dass die VBL als Gläubiger nicht am Londoner High Court gezwungen wird, sich einem Restrukturierungsplan zu beugen, wie dies beim Immobilienkonzern Adler Group kürzlich geschehen ist, indem der Sanierungsplan des Immobilienkonzerns gegen den Widerstand einer Gläubigergruppe durchgesetzt wurde, weil das britische Recht weniger Gläubigerschutz kennt?

Antwort zu 11:

Dem Senat ist keine Einwirkungsmöglichkeit auf die VBL bekannt.

Frage 12:

Erwägt der Senat den Rückkauf des vor 33 Jahren verkauften Gebäudekomplexes, um dort bezahlbare Wohnungen auch für Mitarbeitende des Landes Berlin zu schaffen und den Schaden für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Berlin auch auf diese Weise zu kompensieren?

Antwort zu 12:

Ein Rückkauf ist derzeit nicht vorgesehen.

¹ Immobilien: Megabauprojekt „Fürst“: Versicherer und Pensionskassen fürchten „Totalverlust“

Bis zu 100 Millionen Euro fehlen auf Berlins wichtigster Baustelle. Zahlen sollen nun die Gläubiger – und damit indirekt auch deutsche Pensionäre.

<https://www.handelsblatt.com/finanzen/immobilien/immobilien-megabauprojekt-fuerst-versicherer-und-pensionskassen-fuerchten-totalverlust-/29436680.html>

Frage 13:

Welche Kenntnisse hat der Senat zu weiteren Bauprojekten und Immobilien, in denen Geld öffentlicher Zusatzversorgungseinrichtungen steckt?

Antwort zu 13:

Der Senat hat hierzu keine Kenntnisse.

Berlin, den 3.11.23

In Vertretung

Prof. Kahlfeldt

.....

Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen